

# „Da muss man die Notbremse ziehen“

Jugendämter schieben 11- bis 17-Jährige in Auslandsprojekte ab. In den entlegensten Regionen der Welt wird den Kindern Erziehung versprochen, doch manche Problemkids enden als billige Arbeitskräfte. Schwer kontrollierbare Organisationen profitieren davon.



Jugendlicher Marcel im rumänischen Transsylvanien: Schläge mit dem Besenstiel

Das Versprechen klingt wirklich gut: „Leben ohne Konsum – einfach aber herzlich“. So wirbt der Prospekt des evangelischen Martinswerks Dorlar für seine „Maßnahme in Transsylvanien“.

In „geeigneten rumänischen Familienverhältnissen“ könnten deutsche Problemkinder „eine Zeitreise zurück“ erleben, mit einem „voll funktionsfähigen zwischenmenschlichen Netzwerk“.

Der 14-jährige Marcel aus dem Ruhrgebiet befindet sich auf Geheiß seines Jugendamts nun schon seit dem vergangenen Jahr in jener „heilsamen Welt“, die ihm später „in Deutschland einen Neubeginn“ ermöglichen soll. Das Amt hatte das Scheidungskind mit Stresssymptomen in Schule und Familie in ein rumänisches Dorf geschickt.

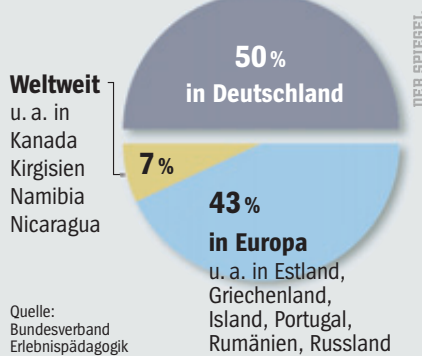
Doch die angepriesene „Zeitreise“ verlief offenbar anders als erwartet – sie wurde zu einer Reise in die Vergangenheit einer schwarzen Pädagogik mit Arbeitszwang und Bestrafung.

Denn in den angeblich „geeigneten Familien“ werden Marcel und mehrere wei-

tere Kinder aus Deutschland eingesetzt wie Knechte: Die Minderjährigen erledigen Holztransporte, bestellen die Felder oder machen Gartenarbeit. Manche schleppen früh und spät schwere Wassereimer, Vieh und Familien müssen oft aus einem Brunnen versorgt werden.

## Reisen ins Abseits

Unterbringung deutscher Jugendlicher in intensivpädagogischen Projekten im Sommer 2005



Die harte Arbeit könnte womöglich noch pädagogischen Zwecken dienen – die drakonischen Strafmaßnahmen tun es auf keinen Fall. Wer nicht spurt, den erwarten mitunter Schläge, Spott oder Beschimpfungen. So erging es Marcel, als er sich weigerte, die Teppiche der Gastfamilie zu reinigen. Man habe ihn „mit einem Besenstiel geschlagen“, gab er einem Betreuer zu Protokoll. An den Übergriffen bestehen nicht einmal beim deutschen Projektträger Zweifel: „Er zeigte mir“, heißt es in einem internen Bericht, „blaue Flecken an den Unterarmen.“

Was Marcel in einem Dorf in der Einöde Transsylvaniens nahe Sighişoara erlebt, ist kein Einzelfall, nicht das Fehlverhalten eines einzigen Projektträgers, sondern Resultat einer außer Kontrolle geratenen Jugendhilfe, die als schwierig geltende Kinder aus Deutschland ins Ausland schickt. Mehrere tausend deutsche Problemkinder wurden so seit den achtziger Jahren irgendwohin in die Welt abgeschoben (siehe Grafik).

Wie viele Problemkids derzeit in welchen Ländern sind, können die Behörden nicht genau sagen. Allein aus Nordrhein-Westfalen sollen gegenwärtig rund hundert Kinder in „Auslandsmaßnahmen“ sein. Für den Jugendhilfeforscher Matthias Witte von der Universität Bielefeld ist der fehlende Überblick nur einer von vielen Mängeln im System. Er hat zahlreiche Projekte besucht und ist dabei auf erhebliche Missstände gestoßen. Sein Fazit: „Letztendlich liegt das Problem in der Intransparenz. Es gibt keine zentrale Stelle, bei der sämtliche Informationen zusammenlaufen. Man weiß nicht wirklich etwas über die Qualität der Projekte, der Mitarbeiter und der Situation vor Ort.“

Regeln soll diese Art der Erziehung das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das „intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung“ verspricht. Doch in bester Ordnung scheint auch dieser Teil des deutschen Sozialstaats nicht zu sein, was sich mittlerweile bis zur Bundesregierung herumgesprochen hat. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wird eine Evaluierung der entsprechenden gesetzlichen Regelungen und der tatsächlichen Praxis versprochen – doch erst für 2007.

Natürlich wird nicht jedes ins Ausland verschickte Kind geschlagen oder unzureichend betreut – Zwischenfälle mit den Pro-

blemkids in den Auslandsprojekten sind aber offenbar an der Tagesordnung.

Mal verschwand ein Jugendlicher für längere Zeit einfach spurlos wie 2005 in einem Projekt in Kirgisien, mal erschoss ein Jugendlicher seinen überforderten Erzieher, so geschehen 2004 in Griechenland. In einer „Buschschule“ in Namibia kam es zum Streit über die Redlichkeit der Projektleiter. Dort werden Kinder auf einsamen Farmen etwa von den Nachfahren deutscher Kolonialisten vornehmlich durch Arbeit erzogen. In Russland erlebte Jugendhilfeforscher Witte, dass die Russisch sprechenden „Betreuer“ und die deutschen Kids sich kaum verständigen konnten.

allen Kinder, die aus zerrütteten Familien stammen oder deren Eltern wenig Interesse am eigenen Nachwuchs haben. Manche sind Sonderschüler, manche Borderliner mit traumatischen Störungen, die eigentlich spezieller Therapien in Deutschland bedürfen – die sie in den angeblich „geeigneten Gastfamilien“, wie sie etwa der Prospekt des Martinswerks in Rumänien verspricht, aber nicht finden. Denn in den meist patriarchalisch-autoritären Familien werden die traditionellen bäuerlichen Erziehungsmethoden schlichtweg auf die deutschen Kids übertragen. Fachleute wie der Berliner Pädagogikprofessor Manfred Kappeler bezweifeln, dass sie „so je-

gendhilfeeinrichtungen“ gebildet, der auf einer Konferenz im Januar über die Intensivierung der Arbeit beriet. Zu dem Netzwerk gehören zahlreiche private Einrichtungen, Stiftungen oder Vereine wie die „Evangelische Gesellschaft Stuttgart“, das bibeltreue „Projekt Maramures“ oder das „Kinderhaus Schäfer“, das „Werkschüler“ im rumänischen Karpatendorf Cund in Schlosserei, Tischlerei und Handweberei eines „Jugendhofes“ werkeln lässt. Dass es ihnen um ein profitables Geschäft gehe, weisen diese Träger jedoch vehement zurück. Manche setzen bewusst auf eine harte Hand. „Rumänien ist für uns interessant wegen der Strukturen, die wie bei uns in den fünfziger, sechziger Jahren sind“, sagt Martinswerk-Chef Ulrich Has. „Das ist keine weiche Pädagogik.“

Ganz nebenbei zahlt sich die Armut in Schwellenländern wie Kirgisien oder Namibia für die Betreiber allerdings aus. Die Projekte in den Billiglohnländern sind zu einer lukrativen Einnahmequelle für die Träger in Deutschland geworden – und manchen Betreuern ermöglichen sie den Traum vom Ausstieg aus der Zivilisation.

Bei „Maramures“ in Transsylvanien etwa lassen die Betreiber die Projektwohnhäuser mit der Arbeitskraft der Kinder ausbauen. Unverblümt wirbt eine Fotogalerie damit im Internet. Dort, „wo es so schön ist, dass man nie wieder nach Hause will“ (Projektwerbung), gilt strenge Arbeitszucht für die vom freien Jugendhilfeträger „Schlupfwinkel Weißwasser“ vermittelten Kinder. „Arbeitsverweigerung“ führen die evangelischen Erzieher für ihre Anvertrauten – allesamt zwischen 11 und 17 Jahren – auf einer „Verbotsliste“ auf. Diese würde „mit geeigneten rechtsstaatlichen Mitteln geahndet“. Peter Schmidt, der „Schlupfwinkel“-Chef, findet nichts dabei: „Das ist eben ein spezielles Angebot für spezielle Jugendliche.“

Pro Kind überweisen die Jugendämter in Deutschland meist stattliche 4000 bis 6000 Euro im Monat an den jeweiligen Projektträger. Doch vor Ort reichen dem Kooperationspartner des Martinswerks, einem Verein namens „Hoffnung für Kinder“, neben seinen Projektkosten dann lediglich 200 bis 300 Euro Handgeld für die Bauern, mit denen diese die Jugendlichen einen ganzen Monat lang unterbringen und versorgen. Für die Familien ein doppelter Reibach: viel Geld und dazu noch eine billige Arbeitskraft.

Allzu oft haben die schönen Worte aus den Projektkonzeptionen, die eine „heil-same Welt“ versprechen, nur wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Die „tiergestützte Pädagogik“ etwa kann äußerst grausam ausfallen. Der 16-jährige C., wie Marcel vom Martinswerk betreut, musste den ungehorsamen Hund, der sich am Geflügel des gastgebenden Bauern vergriffen hatte, am Brückengeländer der Dorfstraße aufhängen. Nach Deutschland dringen solche



Feldarbeiter (bei Sighișoara): „Keine weiche Pädagogik“

Oft verbringen die von den Jugendämtern überwiesenen Kinder nicht nur die von Pädagogen empfohlene Zeitspanne von sechs Monaten bis zu einem Jahr in den Auslandsprojekten, mitunter werden sie mehr als vier Jahre aus Deutschland ausgesperrt. In einzelnen Fällen kam es nicht einmal mehr zu der eigentlich erwünschten Rückkehr. Beim Erreichen der Volljährigkeit und nach dem damit verbundenen Versiegen des Geldstroms der deutschen Jugendämter ließ man die Jugendlichen einfach im Gastland „ausverwildern“, klagten Experten. So geschehen in Kanada: Dort griffen die Behörden einen jungen Mann knapp zwei Jahre nach Ende der „Maßnahme“ auf – er besaß lediglich ein Touristenvisum und war von seinem Betreuer sich selbst überlassen worden.

Dabei geht es bei vielen dieser Auslandsprojekte nicht um den häufig kritisierten „Urlaub unter Palmen“, bei dem etwa jugendliche Intensivtäter ein paar Wochen auf Segelschiffen verbringen dürfen. Ins Ausland abgeschoben werden vor-



mals wieder fit für ein Leben in Deutschland werden können.“

Während die Entwicklung vieler Jugendlicher nicht vorankommt, scheint das Geschäft mit dem Exportschlager Problemkid wie geschmiert zu laufen. Auch dubiose Anbieter haben den Markt entdeckt. Doch selbst solche mit kirchlicher Anbindung – etwa zur Diakonie wie im Falle des sauerländischen Martinswerks – sind mit dabei. In Zeiten knapper Kassen suchen viele Träger ihr finanzielles Heil in Osteuropa. Allein für Rumänien hat sich ein eigener „Arbeitskreis deutscher Ju-

Berichte indes selten – Kritik versendet meist in einem Wirrwarr von Zuständigkeiten. Schließlich geht es für die Projekte und ihre Vereine um Prestige und eine Menge Geld.

In vielen Jugendämtern wiederum sind die Bearbeiter froh, angesichts der wachsenden Zahl problematischer Jugendlicher in Deutschland wenigstens einen Teil von ihnen los zu sein. Die Protestmöglichkeiten für die Jugendlichen sind zudem begrenzt – und oft wird ihnen angesichts ihrer Vergangenheit nicht geglaubt. In der Regel verlassen sich die Mitarbeiter der Jugendämter vor allem auf die Berichte der Betreiber, ob die nun geschönt sind oder nicht.

Nur ab und an packen Mitarbeiter, verärgert über die Zustände vor Ort, aus – wie die Sozialtherapeutin Christa Schudeja, die Anfang des Jahres beim Rumänien-Projekt des Martinswerks zu arbeiten begann. Schon nach kurzer Zeit kamen ihr Zweifel am pädagogischen Sinn des Vorhabens. Unter der Schlagzeile „Arbeit macht frei“ entdeckte sie in der rumänischen Presse kritische Zeitungsartikel über Jugendprojekte deutscher Betreiber in Rumänien. Manche Erzieher, bemerkte sie, besaßen keine offizielle Arbeitserlaubnis, lediglich ein Touristenvisum, das bei Fahrten zur ungarischen Grenze ständig erneuert werden musste.

Dann stieß sie sich daran, dass in den angeblich „geeigneten Familien“ die Väter oder Mütter oft weg waren, mitunter zur Schwarzarbeit in Deutschland. Schudeja erlebte den rüden Umgang der Bauern mit ihren Pfleglingen und entschloss sich zu handeln. Sie verfasste realistische Berichte, in denen sie die Missstände beim Namen nannte. Ein 16-Jähriger hatte demnach so-

\* Kooperationspartner des Martinswerks.



**Pädagogin Schudeja, betreutes Kind**  
„Für mich sind das einfach Straflager“

gar mit Selbstmord gedroht. Er bestand darauf, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen.

In der Heimat war man wenig erpicht auf solch kritischen Report. Die Antwort des Erziehungsleiters des Martinswerks, Frank Schwarz, war eindeutig. „Wenn ich solche Berichte an Jugendämter weiter-schicken würde“, schrieb er zurück, „könnten wir den ganzen Laden dicht-machen!“ Die Berichte ans Amt, belehrte er die Untergebene, „sollten natürlich nicht aus blanker Schönfärberei bestehen. Allerdings sind wir (und alle anderen Jugendhilfeeinrichtungen!!!!) ein Wirtschaftsunternehmen, das eine Dienstleistung verkauft“. Darum gelte: „Zur Präsentation seines Produktes gehört die Gabe der akzeptablen Formulierung.“



**Bauernhof in Transsylvanien\*:** Wasser schleppen, Vieh versorgen

Die Erzieherin verstand das als unverhohlene Aufforderung zur Fälschung. Und der Brief des Vorgesetzten enthüllt auch dessen Motive: „Sätze wie ‚unter diesen Umständen ist die Maßnahme nicht weiterzuführen‘“, wurde sie belehrt, „sind so ziemlich das Letzte, was man Jugendämtern vor die Nase legen sollte. Denke immer an Folgendes: Unser aller Arbeitsplätze sind nur und ausschließlich über Belegung finanziert. Auch Deiner. Schicken wir also unsere Kinder allzu großzügig nach Deutschland zurück, sind wir schnell arbeitslos.“ Mitarbeiter Schwarz vom Martinswerk gibt zu, dass er empfahl, die Berichte an Jugendämter zu schönem: „Ich kann mir nicht das ganze Projekt schlechtmachen lassen, da muss man manchmal die Notbremse ziehen.“

Tarnen und täuschen scheint in Teilen der Branche zum Geschäft zu gehören. „Viele Träger tun so, als ob sie die gesetzlichen Standards erfüllen“, beklagt der Berliner Jugendhilfe-Experte Kappeler. „In Wahrheit führen sie die Ämter hinters Licht. Der enorme finanzielle Druck erlaubt es nicht, die Probleme zu benennen oder gar ein Scheitern einzugestehen.“ Je mehr Jugendliche gehalten werden, sei die Logik des Systems, desto mehr Geld fließt in die Kasse.

Das empört inzwischen sogar Insider wie den Erfurter Sozialpädagogen Frank Kröner. Mit seinem Projekt „Pfad ins Leben“ hat er selbst zahlreiche Kinder nach Sibirien gebracht. Doch er versucht dabei, transparenter als mancher Mitbewerber zu arbeiten. „Bei einem Großteil der Projekte“, kritisiert er, „funktioniert vor Ort das Versprochene kaum und am Ende nicht einmal der Transfer nach Deutschland.“

Ein anderes Problem sieht Kröner in der oft mangelhaften Qualifizierung der Projektmitarbeiter, die mitunter nur sogenannte authentische Persönlichkeiten seien, selten aber anerkannte Sozialpädagogen. „Darunter leidet die Qualität. Und manche Träger betätigen sich praktisch nur als Vermittlungsagentur zwischen Jugendämtern und pädagogischen Kleinstunternehmern, die sich irgendwo in der weiten Welt verwirklichen wollen.“

Die Kritik von Pädagogin Schudeja am Projekt des Martinswerks in Rumänien blieb bislang folgenlos. Auch nach einem Familienwechsel von Marcel hielt sie „die Zustände für ihn und die anderen Kinder nicht länger für vertretbar“ und kündigte. „Die Kinder werden weiter belogen“, empört sie sich, „damit sie dorthin gehen, erzählt man ihnen, sie kämen in liebevolle Familien.“ Dass mit den schönen Landschaften weiterhin geworben würde, kann sie nicht verstehen: „Für mich sind das einfach Straflager.“

Ihre Kritik hat sie mittlerweile auch dem Bundesfamilienministerium zugeschickt. Bisherige Reaktion: keine.

PETER WENSIERSKI